Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 246 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 21. Oktober 1931

Paris—Washington.

Lavals Trümpfe.

Je mehr sich das Schiff mit dem französischen Ministerpräsidenten und dessen großem Gefolge an Bord dem Newyorker Hafen nähert, desto zahlreicher, widersprechender, verwirrender werden alle möglichen und unmöglichen Meldungen über die Pläne Lavals verbreitet. Ähnliches kann man auch sagen von dem, was zwischen den beiden bereits in Amerika weilenden Vertretern der Bank von Frankreich und der Leitung der amerikanischen Bundeszentralbank vereinbart oder nicht vereinbart worden ist. Immerhin scheint es doch den Amerikanern gelungen zu sein, zu erreichen, daß Frankreich seine in Newyork gekündigten kurzfristigen Guthaben nicht mehr aus den Goldvorräten der Bundesbank nach Paris in die Keller der Bank von Frankreich abtransportieren, sondern drüben als Goldsonderkonten stehen läßt; es soll sich dabei um 200 bis 300 Millionen Dollar handeln, wie eine bekannte französische Finanzzeitschrift behauptet. Nach derselben Quelle sollen sich die ausländischen Guthaben in Amerika auf 1,2 Milliarden, umgekehrt die amerikanischen Anlagen im Auslande auf 600 Millionen Dollar belaufen, so daß für Amerika ein Passivsaldo von 600 Millionen Dollar besteht. Sie abzudecken, würde theoretisch etwa der sechste Teil des amerikanischen Goldvorrates genügen. Irgendeine Gefahr für die Währung Amerikas besteht also nicht im entferntesten, aber die fortdauernden Angriffe auf die Goldschätze in Newyork machen eine Beruhigung der Wirtschaft, die Wiederkehr des schon fast sagenhaft gewordenen „Weltvertrauens" ganz unmöglich; auch die jetzt angeblich erreichte Sonderregelung zwischen den beiderseitigen Notenbanken ist weit entfernt von einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen Paris und Newyork, sondern ist einem ständigen französischem Druck ausgesetzt. Außerdem haben die Maßnahmen der Bank von Frankreich den amerikanischen Bankdiskontsatz in die Höhe gedrückt, was natürlich nicht gerade geeignet ist, einer Belebung der Wirtschaft Amerikas zu dienen. Ob von Hoovers großen Plänen, diese Wiederbelebung durch eine umfassende Kreditaktion „anzukurbeln", nun noch viel übrigbleiben wird, ist recht zweifelhaft geworden. Laval findet aber, wenn er den Fuß auf den Boden von Newyork setzt, dort eine Lage vor, die ihm für seine Besprechungen mit Herrn Hoover sozusagen garantierte, fast unfehlbar stechende Trümpfe in die Hand gibt.

Trotzdem scheint er es, wenigstens nach außen hin, vermeiden zu wollen, mit bestimmten Forderungen, mit einem genau formulierten Programm im Washingtoner „Weißen Haus" zu erscheinen. Eher dürfte alles auf eine Art Defensivtaktik des Vertreters Frankreichs hinauskommen —, und darin hat der französische Ministerpräsident vom Sommer her einige, weder für Hoover noch für die Welt sehr angenehme Erfahrung. Fast alles, was damals und seitdem von amerikanisch-englischer Seite unternommen worden ist, scheiterte an dieser Defensivtaktik Lavals, der zu allem einfach Nein! sagte. Daß seitdem die Weltkrise ihr Trümmerfeld nach außen hin noch vergrößerte, ihre Bekämpfung oder gar Überwindung noch schwieriger machte, hat die Leiter der französischen Gold- und Kreditpolitik so wenig gekümmert, daß, wie erinnerlich, der Finanzminister Flandin auf der letzten Völkerbundtagung sich lediglich in bestigstem Tadel gegenüber allen andern Mächten erschöpfte, ohne aber im geringsten oder auch nur andeutungsweise zu sagen, was denn nun heute oder morgen zur Bekämpfung der Krise geschehen solle oder eine Ingangsetzung der französischen Goldkräfte für diesen Zweck in Aussicht zu stellen. Infolgedessen nimmt das „Rette sich und sein Gold, wer kann!" in immer schnellerem Tempo zu und z. B. die „Vereinigten Staaten Europas" Briandscher Erzeugung weisen geradezu grotesk verzerrte Züge auf.

Noch grotesker freilich ist unter diesen Umständen, da Laval fast als Welttriumphator nach Amerika gefahren ist, das ständige Verlangen Frankreichs, sich weltpolitisch eine noch größere „Sicherheit" zu schaffen, die selbst beim „besten Willen" niemand zu bedrohen vermag. Auch in den beiden hierfür in Frage kommenden Weltproblemen, also der Abrüstung und eine neue, irgendwie verstärkte „Friedensgarantie" soll es in Washington zu Verhandlungen kommen, besser gesagt: wird Laval sich zunächst einmal anhören, was ihm Hoover hierüber zu sagen hat. Das gleiche dürfte ja wohl auch von der Reparationsfrage bzw. den interalliierten Schulden gelten. Auch hier hat Laval schon deswegen alle Trümpfe in der Hand, weil Hoover Rücksicht nehmen muß auf seinen im Dezember zusammentretenden Kongreß, dem er doch das Eingeständnis machen muß, daß der eigentliche Zweck des „Feierjahres", also des Verzichts Amerikas auf die Schuldenbezahlung durch Europa, nicht erreicht worden ist, der Anstoß zu sein für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise und damit auch des fortgesetzten wirtschaftlichen Niederganges in Amerika.

Die Partie, die in Washington jetzt anheben wird, ist also sehr ungleich!

Frankreichs Goldsorgen.

Was Laval Hoover mitbringt.

Als Laval die Einladung Hoovers nach Washington annahm, handelte es sich in erster Linie um Maßnahmen gegen die deutsche Finanzkatastrophe. Die Entwicklung der Dinge in England und ihre internationalen Auswirkungen haben die deutsche Frage jedoch an die zweite Stelle gerückt. Jetzt handelt es sich um die Bekämpfung der Weltkrise, die Frankreich und Amerika in gleichem Maße wie Deutschland und England bedroht. Nicht weniger als „Reisender in Weltinteressen" als „in eigener Sache", kommt Laval nach Amerika, denn die Befürchtung, Amerika könnte von der Goldwährung ähnlich wie England abgehen, scheint nicht zuletzt die Reise des französischen Ministerpräsidenten beschleunigt zu haben. Alle Bemühungen Frankreichs, auch die Goldschätze Amerikas in seine Bankkeller zu leiten, wären bei einem solchen Schritt Amerikas zum großen Teile vergebliche Mühe gewesen.

Frankreich muß jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um Amerika beim Goldstandard zu halten und seine eigenen Goldschätze nicht der Entwertung verfallen zu lassen. Es lenkt auch anscheinend schon ein, und wie aus zuverlässiger Quelle in Newyork gemeldet wird, ist dort ein Vertrag zwischen der Bank von Frankreich und den führenden Persönlichkeiten der Federal Reserve Bank abgeschlossen worden, nach dem sich die Bank von Frankreich verpflichtet, 200 Millionen Dollar auf dem Newyorker Markt zu belassen. Außerdem hat die Bank von Frankreich seit langer Zeit wieder einmal für 20 Millionen Dollar amerikanische Papiere gekauft. Es sei wahrscheinlich, so heißt es, daß sie diesen Kauf mit den in Amerika noch vorhandenen Geldmitteln bezahle, die ursprünglich zurückgezogen werden sollten. Was im übrigen die Zurückziehung französischer Guthaben vom amerikanischen Geldmarkt anbelange, so ständen einige große Goldsendungen für eine Reihe Pariser Großbanken bevor, die sich trotz der außerordentlich optimistischen Berichte der französischen Sachverständigen noch nicht völlig beruhigt hätten.

*

Laval am Donnerstag in Washington.

Riesenempfang vorgesehen.

Paris, 21. Oktober. Die Ankunft der „Ile de France" in Neuyork ist für Donnerstag vormittag um 4 Uhr vorgesehen. Ministerpräsident Laval wird das Schiff um 8 Uhr verlassen. Der offizielle Empfang des französischen Ministerpräsidenten wird an Ausmaß alles bisher Dagewesene übersteigen. Im Namen Hoovers wird Staatssekretär Stimson den Ministerpräsidenten empfangen und ihn zunächst über den Broadway nach dem Neuyorker Rathaus begleiten, wo die offizielle Begrüßung durch die Stadt Neuyork stattfindet. Militärische Formationen werden vom Hafen bis zum Rathaus Spalier bilden, während etwa 400 Automobile den Ehrenzug abschließen. Um elf Uhr erfolgt die Abfahrt nach Washington. Um 18 Uhr stattet Laval dem amerikanischen Staatspräsidenten einen Besuch ab und um 20 Uhr findet im Weißen Haus ein großes Essen statt. In den frühen Nachmittagsstunden des Freitag beginnen dann die eigentlichen Besprechungen mit Präsident Hoover.

Goldhunger in Frankreich.

Eine weitere Goldmilliarde aus Amerika abberufen.

In Paris werden im Laufe dieser Woche wieder für eine Milliarde Franc Goldbarren aus Amerika erwartet. Die erste Ladung in Höhe von 550 Millionen Franc traf bereits mit der „Europa" in Cherbourg ein und wurde im Sonderzug sofort nach Paris weiterbefördert. Mit der „Aquitania" werden weitere 258 Fässer mit Gold erwartet und am Donnerstag 600 Fässer mit der „Deutschland" und dem „Präsident Roosevelt". Das Gold ist für eine Reihe Pariser Großbanken bestimt, die immer noch ihre Guthaben aus Amerika zurückziehen.

Pariser Bank in Schwierigkeiten.

Die Banque Commerciale Africaine, die ihren Hauptsitz in Paris hatte, hat ihren Kunden mitgeteilt, daß sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Die Bank arbeitete mit einem Kapital von 40 Millionen Franc und hatte außer in Bordeaux und Dakar Niederlassungen in sämtlichen größeren Städten Westafrikas.

Norwegen schützt sich.

Wie aus Oslo gemeldet wird, rechnet man mit dem Erlaß verschiedener norwegischer Einfuhrverbote, vor allem für Luxuswaren, aber auch für Gemüse. Diese Verbote werden sich im wesentlichen gegen die Einfuhr aus Dänemark, aber auch gegen Waren richten, die über Dänemark nach Norwegen gelangen.

Der Fünfjahresplan gefährdet.

Stellt Moskau die Zahlungen ein?

Über eine bevorstehende Zahlungseinstellung Sowjetrußlands wird bekannt: Die Sowjethandelsvertretungen im Auslande haben auf Moskauer Weisung begonnen, mit großer Vorsicht bei einzelnen Großgläubigern Fühler wegen Prolongierung von Akzeptverbindlichkeiten auszustrecken. Wenn auch heute noch nicht abzusehen ist, ob eine volle Zahlungseinstellung zur Tatsache wird, so weisen doch die Geheiminstruktionen, die vom Politbureau an die Handelsvertretungen ergangen sind, darauf hin, daß die Sowjetunion sich zurzeit in einer akuten Finanzkrise von bisher nicht dagewesener Schwere befindet, die sehr leicht zur Zahlungseinstellung und damit zum offenen Bankerott des kommunistischen Wirtschaftssystems führen kann. An deutsche Firmen sind in der nächsten Zeit etwa 500 Millionen Mark abzudecken; an amerikanische Firmen etwa 250 Millionen Mark. Die Versuche, hierfür ausreichende Mittel aus Anleihen in Deutschland, Österreich, Norwegen oder England bereitzustellen, scheiterten. Prolongationsverhandlungen mit Lieferanten sollen nach einer neuen Verordnung streng vertraulich und stets in Fühlung mit dem zuständigen Sowjetbotschafter geführt werden. Von der Prolongationsbereitschaft der Lieferanten wird es abhängen, ob und in welcher Frist sich aus der gegenwärtigen Zahlungsstockung die Zahlungseinstellung entwickelt, die nichts anderes als den Zusammenbruch des Stalinschen Wirtschaftsexperiments, genannt Fünfjahrplan, bedeuten würde.

*

Ein Dementi.

Zu den Gerüchten über eine Prolongation von Russenwechseln wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Nachrichten jeder Grundlage entbehren. Bisher sei kein einziger Fall bekanntgeworden, in dem eine derartige Prolongation beantragt worden sei. Die Zahlungen, die Sowjetrußland in den nächsten Monaten an Deutschland zu leisten habe, seien so gering, daß sie nicht zu einer Zahlungseinstellung führen könnten. Größere Beträge würden erst ab April nächsten Jahres fällig. Richtig sei hingegen, daß Rußland mengenmäßig seine Ausfuhr infolge des Absinkens der Preise steigern müsse und daß dies bisher noch nicht in vollem Umfange geglückt sei.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß auch die Verhandlungen zwischen dem Berliner Auswärtigen Amt und der Sowjetbotschaft keinen Anlaß zu diesen Gerüchten gegeben haben könnten. Russischerseits sei dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, die im letzten Jahre wertmäßig zurückgegangene Sowjetausfuhr nach Deutschland wieder zu erhöhen, um durch eine Steigerung der Menge den Ausgleich im deutsch-russischen Warenverkehr herbeizuführen. Weiter hätten die Russen in den Verhandlungen bestimmte Wünsche bezüglich der deutschen landwirtschaftlichen Zollgesetzgebung geäußert, wie sie auch von anderen Staaten geäußert worden seien.

*

Russenwechsel in Riga zu Protest gegangen

Größtes Aufsehen verursacht in Rigaer Wirtschaftskreisen die Tatsache, daß mit dem Giro der russischen Handelsvertretung versehene Wechsel im Betrage von 50 000 Goldfranken von der Rigaer Exportfirma Baltimer, die hauptsächlich Rußlandgeschäfte tätigt, zu Protest gegangen sind, nachdem die Firma vergeblich versucht hatte, die girierten Wechsel im Ausland zu diskontieren. Die beteiligten Banken haben der russischen Handelsvertretung mitgeteilt, daß sie das Beitreibungsverfahren eröffnen werden, wenn die Wechsel nicht sofort eingelöst würden.

Um das Hypothekenmoratorium.

Die Ablösung der Aufwertungshypotheken.

Im Reichsjustizministerium fand eine Besprechung der zuständigen Referenten der Reichsregierung und der Länderregierungen statt, die sich mit den von verschiedenen Organisationen des Hausbesitzes und auch der Aufwertungshypothekengläubiger eingebrachten Anträgen und Vorschlägen über einen

Aufschub der Ablösung

der im Januar fällig werdenden Aufwertungshypotheken befaßte. Wie verlautet, ist man in dieser Länderkonferenz zu einem endgültigen Abschluß noch nicht gekommen, vielmehr haben sich die Verhandlungsteilnehmer darauf beschränkt, die verschiedenen Projekte durchzusprechen. Wie bekannt, wird neuerdings nicht nur eine Stundung der Aufwertungshypotheken zum gesetzlichen Zinssatz um einige Monate bis zu einem Jahr angestrebt, sondern jetzt vielfach auch ein

Moratorium für fällige Goldhypotheken

gefordert. Im Reichsjustizministerium vertritt man die Auffassung, daß angesichts der zugespitzten Kapitalmarktlage eine Lösung der Moratoriumsfrage gefunden werden muß. Zur Regelung des Zahlungsaufschubs für die Aufwertungshypotheken wird man wahrscheinlich nicht zum Erlaß einer Notverordnung schreiten, sondern sich auf die Herausgabe einer besonderen Durchführungsverordnung zum Hypothekenaufwertungsgesetz beschränken.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF